

VORWORT

Ein Virus verändert alles

Andreas Grün, Landesvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausbreitung und der dynamische Verlauf der Corona-Krise haben die Polizei und auch die GdP fest im Griff. Handlungsanweisungen und Anordnungen, die gestern noch galten, sind heute schon überholt. Noch nie ist es mir so schwergefallen ein Vorwort für diese Zeitung zu schreiben, wie heute. Einen Text zu verfassen, der rund vier Wochen vor Erscheinen der Deutschen Polizei 05/2020 den Anspruch einer gewissen Aktualität erfüllen soll, kann angesichts der dynamischen Krisenlage nur eine sehr geringe Halbwertszeit haben.

Seitens des Dienstherrn wurden bisher viele Anordnungen und Regelungen für den Bereich der Polizei erlassen. Nicht alle treffen unsere und vor allem eure volle Zustimmung. Doch das Leben in der Lage verlangt mitunter mutige und kurzfristige Entscheidungen, die sich hinterher auch als falsch herausstellen können. Niemand der politischen Entscheidungsträger kann momentan auf Erfahrungswerte zurückgreifen und sein Handeln in einem absehbaren Modus wähen. Die Politik greift auf Bundes- wie auch auf Landesebene im Wesentlichen auf den wissenschaftlichen Rat von Virologen, Epidemiologen und Ärzten zurück.

Die daraus resultierenden Entscheidungen sind ethisch-moralisch, ökonomisch und zivilgesellschaftlich gegeneinander abzuwägen. Zu diesem schwierigen Weg gibt es keine vertretbaren Alternativen. Alle anderen Ansätze mit der Lage umzugehen, meist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus, sind vielerorts jäh gescheitert.

Für die Exekutive in Deutschland und damit auch für die Polizei, steht die bestmögliche Bewältigung der Krise im Vordergrund und wird im Zweifel viele andere Belange überstrahlen.

Wieder ist es die Polizei, der, neben Ärzten, Pflegepersonal, Hilfsdiensten und vie-

len anderen im Krisenmodus, eine herausragende Rolle zukommt. Die Diskussion um die Wertschätzung systemrelevanter Berufe ist im vollen Gang. Es ist zu früh, um angesichts der noch zu bewältigten Krise diese Diskussion in den politischen Raum zu führen. Doch wir werden früher oder später mit den politischen Entscheidungsträgern diese Diskussion weiter und intensiver zu führen haben. Auch und vor allem vor dem Hintergrund, dass es schon ohne die Corona-Krise beinahe täglich schwerer wird, geeignete junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern.

Die Polizei als tragende Säule der Demokratie genießt großes Vertrauen in der Bevölkerung und ist Garant für Demokratieverständnis, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte haben in Krisenzeiten eine noch größere Bedeutung.

Niemand kennt den weiteren Verlauf dieser Krise. Keiner kann belastbar Aussagen über die Dauer von staatlichen Anordnungen und Beschränkungen treffen. Deshalb liegt möglicherweise auch für die Polizei noch ein langer und beschwerlicher Weg vor uns. Aus diesem Grund können Ressourcenschonung, die strikte Einhaltung der Hygienevorschriften und eine starke Solidarität aller Polizeibeschäftigten untereinander nicht zur Disposition stehen.

Manche getroffenen Maßnahmen, den Dienstbetrieb auch im Krisenmodus langfristig sicherzustellen, werden uns deshalb noch geraume Zeit begleiten und belasten.

Die Gewerkschaft der Polizei und die Personalräte tragen in Krisenzeiten ein hohes Maß an Mitverantwortung. Wir werden aber sehr genau darauf achten, dass Mindeststandards, Belastungsgrenzen und Regenerationszeiten eingehalten werden. Sollte es dennoch zu kritikwürdigen Sachverhalten kommen, sind wir jederzeit für euch erreichbar. Nehmt dazu Kontakt zu den GdP-Ver-

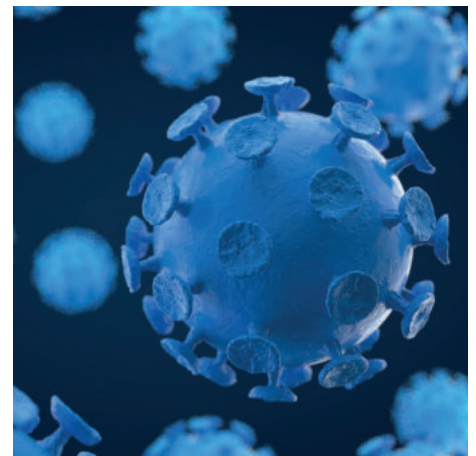


Andreas Grün

trauensleuten vor Ort auf oder wendet euch an eure örtlichen Personalräte. Ihr könnt natürlich auch eure GdP direkt anschreiben. Ihr erreicht uns unter: GdP-Hessen@gdp.de.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt gesund, achtsam und solidarisch. Gemeinsam sind wir schon immer am stärksten gewesen.

Herzliche Grüße und Glückauf ■





„Was aber, wenn der Höhepunkt der Corona-Krise einsetzt?“

Nichts ist mehr wie es war – Polizei und Politik im Krisenmodus

Höher, schneller, weiter – dieser Spruch aus dem lateinischen frei übersetzt, hat spätestens seit der weltweiten Pandemie keinen Bestand mehr.

Jens Mohrherr, Stellvertretender Landesvorsitzender

In unserer Gesellschaft ist Leistung ein zentrales Bewertungskriterium. Ich leiste, also bin ich. Der Druck im Berufs-, Privat- und Familienleben steigt. Das Smartphone bringt die Arbeit auch nach Feierabend mit nach Hause. Selbst Terminkalender mancher Kinder gleichen nicht selten denen Vollerwerbstätiger.

Ohne zu wissen, wann und wie wir die Corona-Krise meistern, sind es einmal mehr gerade die Menschen in unserer Gesellschaft, denen außerhalb dieser Krise eher ein Schattendasein in der gesellschaftlichen Hierarchie und der medialen Berichterstattung zukommt.

Menschen, die an den Kassen der Supermärkte ihren Lohn verdienen, sind den Kunden eher lästig als willkommen. Krankenpfleger, Krankenschwestern und überhaupt diejenigen in den Pflegeberufen, die häufig mit Krankheit, Tod und Leiden von Patienten konfrontiert werden, sind immer dann willkommen, wenn sie gebraucht werden. Ansonsten kommt auch dieser Berufsgruppe wenig Aufmerksamkeit zu. Menschen, die in Rettungsleitstellen koordinieren, Feuerwehrleute weiblichen und männlichen Geschlechts, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verrichten ihren 24/7-Dienst, jetzt unter noch schwierigeren Bedingungen, als zuvor.

Versucht man ein realistisches Bild der Lage zu zeichnen, fällt häufig auf, dass die gemessen an ihren Leistungen häufig unterbezahlte Berufsgruppen „den Laden am laufen“ halten. Jeden Tag werden Per-

sonalübersichten morgens und abends in den Polizeibehörden erstellt und durchgesehen, ob und inwieweit die Anzahl der Infektionen innerhalb des Beschäftigtenkreises die Dienstplanung negativ beeinflussen können. Dabei besonders wichtig sind die durch den Polizeiärztlichen Dienst in Zusammenarbeit mit dem Medical Airport Service dezentral eingerichteten Abstrichzentren in Kassel, Lich, Mühlheim am Main, Wiesbaden und in Fulda. Es braucht unbedingt diese Möglichkeit einer schnellen Testierung möglicher infizierter Polizeibesetzter. Die polizeiliche Grundversorgung zu gewährleisten ist unser Kernauftrag. Derzeit haben wir landesweit noch die Möglichkeit, bei einem deutlichen Rückgang gemessener Straftaten mit einem angepassten Kräftekonzept einigermaßen ressourcenschonend arbeiten zu können. Was aber, wenn der Höhepunkt der Corona-Krise einsetzt? Dieses Szenario möchte ich an dieser Stelle lieber nicht aufmachen.

In vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen wird deutlich, dass viele Angst „vor einem Gegenüber“ haben, dass man nicht sehen kann. Weltweit ist kein probates Mittel aktuell verfügbar, um vielen Kolleginnen und Kollegen derzeit diese Befürchtungen nehmen zu können. Hinzu kommen zunehmende irrationale Verhaltensweisen von Menschen auf der Straße. Abseits der unsäglichen Hamsterkäufe in den Supermärkten und mitunter körperlichen Auseinandersetzungen um banale



Jens Mohrherr

Einkaufswagen mehrten sich Fälle, in denen Polizeibeamte vorsätzlich angespuckt oder angehustet werden. Eine ekelerregende Vorgehensweise, der man sich in diesen Zeiten zusätzlich stellen muss.

Fällt dieses Verhalten gerade vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt gegen unsere Berufsgruppe noch unter das Register „Erlebnisorientierung“? Noch immer sind die Hotspots wie der wunderschöne Rheingau, trotz des bestehenden Kontaktverbotes, beliebter Aufenthaltsort von Menschenmassen.

Zurück im Krisenmodus. Landesweit wurde für den Schicht- und Wechselschichtdienst ein einheitliches Arbeitszeitmodell umgesetzt, was sicher nicht ungeteilt die Freude unserer Kolleginnen und Kollegen zur Folge hatte. Auch für die im Tagesdienst arbeitenden Polizeibesetzter haben wir gemeinsam mit den Verantwortlichen im Landespolizeipräsidium eine gute Lösung für die Arbeitszeitbemessung in der Krise gefunden und umgesetzt.

Staat und Behörden mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können noch zwei Wochen vor Ostern einigermaßen personell reagieren. Finanzielle Hilfspakete wur-



„Bleibt gesund!

den im Hessischen Landtag auf den Weg gebracht, um mittels Nettokreditaufnahmen schnell und weitestgehend unbürokratisch Hilfe leisten zu können. Staatliche Einnahmequellen wie Steuern brechen ein oder können nicht im erforderlichen Umfang generiert werden.

Staatsschulden nehmen rasant zu, Betriebe und Unternehmen werden in dieser Krise an ihre Grenzen geraten, Arbeitslo-

sigkeit und ein nicht kalkulierbares dynamisches Risiko der Fortentwicklung dieser epochalen Pandemie sind mit Blick auf die Nachbarländer Italien und Spanien nur zu erahnen.

Der Hessische Landtag hat in seiner Sondersitzung drei Wochen vor Ostern mit einer Gesetzesänderung dafür gesorgt, dass die gewählten Personalräte in allen hessischen Kommunen und bei den Landesbehörden

noch mindestens bis zum 31. Mai 2021 im Amt bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle möchte ich mich auch im Namen vieler Personalratsmitglieder bei euch allen bedanken. Bedanken für eure vielfach konstruktiven Ideen und euren unermüdlichen Einsatz, gerade in diesen Zeiten der Pandemie. Gerade in Krisenzeiten hat in unserer Polizei eines gegolten: Wir sind eine Polizei. ■

AUTONOME UND EXTREMISTEN, WOHIN DAS AUGEN REICHT!

Links – Mitte – Rechts – jede Gewalt ist tabu

Wir verurteilen jede Gewalt. Von besinnlichen Tagen oder Entspannung – keine Spur! Die Extremisten geben sich die Klinke in die Hand. Nachdem viele Jahre lang der islamistische Terror die Sicherheitsbehörden beschäftigt hat (ein Ende ist nicht in Sicht), folgten Reichsbürger, Prepper und gewaltbereite Neonazis. Und als sei dies noch nicht genug, erstarkt nun auch der Linksextremismus wieder. Vorläufiger und trauriger Höhepunkt waren die Silvesternächte in Berlin und Leipzig.

Daniel Klimpke, Bezirksgruppe Westhessen

Immer muss die Polizei den Kopf hinhalten und unter Einsatz der eigenen Gesundheit die Ordnung wiederherstellen. Man darf, nein, man muss es als durchaus skandalös bezeichnen, wenn Teile der Opposition im Bundestag für die Eskalation der Polizei die Schuld geben möchte! Mir persönlich ist bisher kein Vorgang bekannt, bei dem ein Polizist im Einsatz auf unschuldige Bürger mit Steinen und Flaschen geschmissen hat. Nach den Gewaltexzessen rund um Blockupy oder dem G-20-Gipfel in Hamburg ist die Silvesternacht 2019 auf 2020 der nächste Beweis, dass aktuell auch (wieder) eine

erhöhte Gefahr von links droht. Die Polarisierung innerhalb der Gesellschaft und Politik ist auf der Tagesordnung. Der rechte und der linke Rand können durch populistische Aussagen auf mehr und mehr Zuspruch pochen und scheuen auch nicht davor, den Staat und seine Vertreter als Feindbild zu lokalisieren.

Dies verwundert umso mehr, wenn man weiß, dass eigentlich auch die Mitglieder des Bundestages und die Mitglieder der Landtage den Staat repräsentieren sollten. Wie weit soll sich die Spirale noch weitdrehen? Wann sehen auch die Popu-

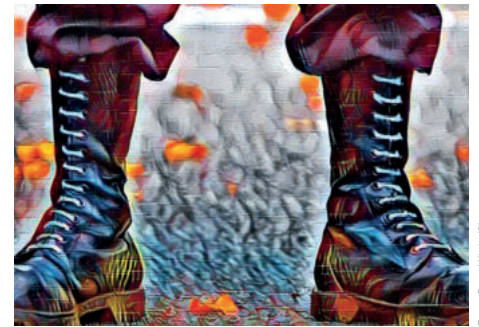


Foto: Peter Witting (3)

listen der Opposition ein, dass das Wohl des Staates, seiner Bürger und vor allem das Wohl derer, die den Staat schützen, auch ihr Antrieb und Ziel sein muss? Leipzig-Connewitz ist nicht das erste Mal in den Schlagzeilen. Schon in der Vergangenheit gab es immer wieder Zwischenfälle mit Linksautonomen. Erst in 2019 gab es Häuserbrände und Anschläge auf Immobilienunternehmen. Angriffe auf Polizei und Feuerwehr sind auch keine Neuheit in Leipzig. Als wäre das nicht genug, mischen sich jetzt noch Politiker in das Geschehen ein, die offenkundig wenig Wissen über Polizei und die Einsatzabläufe innerhalb der Polizei haben. Dass sich die Grünen oder die Linken kritisch zu Polizeieinsätzen äußern, liegt ja in der Natur der Sache und das kennen wir zugenüge. Wer früher mit Steinen und Dachlatten auf den Staat und seine Organe losgegangen ist, der wird heute nicht zum Verfechter der inneren Sicherheit.

Neu ist aber, dass sich eine amtierende SPD-Chefin zu Dingen äußert, die sich bisher nicht in der beruflichen Vita wiederfinden. Da lobt man doch die Aussagen einer ihrer Vorgänger, der klare Worte zu den „unschuldigen Bürgern“ aus Leipzig fand, die durch die Polizei „proviziert“ wurden. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel äußerte sich mit den Worten: „Wer auf



„Wer auf Polizisten und Feuerwehrleute losgeht, ist nicht links oder rechts, sondern hat nicht alle Latten am Zaun.“

Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel als Reaktion auf die Aussagen von Frau Esken



Polizisten und Feuerwehrleute losgeht, ist nicht links oder rechts, sondern hat nicht alle Latten am Zaun.“

Klare Worte fand auch unser Gewerkschaftskollege Lars Osburg aus Hamburg. Er wies unter anderem darauf hin, dass die Anwesenheit der Polizei keine Provokation darstellt, sondern durch den Normalbürger

als positiv empfunden wird. Er kritisierte die SPD-Vorsitzende Esken mit deutlichen Worten. Sein Abschluss könnte treffender nicht sein:

„In unserem Beruf bringen wir unserem Nachwuchs beim Funklehrgang etwas bei: Denken – Drücken – Sprechen! Vielleicht lernen Sie auch einmal zu funken, wir zeigen es ihnen gerne?!“

Jeder Kollege, der die Worte des stellvertretenden Landesvorsitzenden aus Hamburg liest, kann sich diesem Statement nur anschließen. Schließlich weiß er als Hamburger auch nicht erst seit 2017, was es heißt, im Steinhaag zu stehen.

Neben Leipzig haben auch Berlin und Hamburg sehr ausgeprägte linke Szenen, die regelmäßig zu Aktionen gegen Einsatzkräfte aufrufen und Tausende Sympathisanten mobilisieren. Einem Polizeibeamten, der im Dienst verletzt wurde, ist es auch ziemlich egal, welche Gesinnung der Verursacher hat! Unterm Strich sind es Kriminelle, die sich nicht davor scheuen, Leib und Leben anderer zu schädigen. Jeder, der gegen die Organe des Staates handelt, handelt

auch gegen den Staat als solches und muss mit voller juristischer Konsequenz belangt werden.

Da freut es einen schon, wenn acht Tage nach der Tat bereits eine Gerichtsverhandlung stattfindet, das sind wir nicht gewohnt. Es ist allerdings wenig hilfreich, wenn ein Täter, der gesteht einen Polizeibeamten verletzt zu haben, lediglich 60 Stunden gemeinnützige Arbeit und sechs Monate auf Bewährung bekommt. Jede folgenlose Trunkenheitsfahrt wird hier gefühlt härter bestraft als der Angriff auf einen Hoheitsträger. Polizeibeamte als Opfer von Gewalt haben die gleichen Rechte, das sollte auch der Gesetzgeber endlich realisieren. Hier ist zum einen die Politik, zum anderen aber auch die Mitte der Gesellschaft gefordert, dass Populisten und Autonomie keine Bühne mehr bekommen.

Wenn der Bürger seinen Willen nach Gewaltlosigkeit zum Ausdruck bringt, ziehen sich vielleicht auch die Autonomen zurück. Wenn dazu die Grünen und Linken ihre Einstellung zur Polizei ändern, könnte man einer positiveren Zukunft entgegen schauen. ■



GdP-Aktion „Keine Gewalt gegen die Polizei“ anlässlich einer Innenministerkonferenz (IMK) in Mainz



Einsatzbetreuung bei Trauerfeier für Anschlagsoffer in Hanau

Markus Hüschentbett, Bezirksgruppe Südosthessen

Zwei Wochen nach den rassistischen Morden von Hanau fand die zentrale Trauerfeier im Congress Park Hanau statt. Neben den Angehörigen der Opfer waren auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Bundesrats-

präsident Dietmar Woidke und der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier anwesend. Die emotionale Trauerfeier wurde auch auf öffentlichen Plätzen in Hanau übertragen.

Bundespräsident Steinmeier sagte, dass jeder Mensch, der in unserem gemeinsamen Land lebe, in Sicherheit und Frieden leben können müsse. Unser Staat habe die Pflicht, dieses Recht zu schützen. Dafür müsse er mehr tun. Dafür müsse er alles tun!

Für den Schutz dieser weltweit übertragenen Veranstaltung waren Kolleginnen und Kollegen aus fast ganz Hessen im Einsatz, teilweise mit langen Anreisezeiten. Klar also, dass auch die GdP und Vertreter des örtlichen Personalrats vor Ort sein würden.

So wurden zunächst die Einsatzkräfte bei der Versorgungsstelle mit Süßigkeiten beschenkt, aber auch die umliegenden Stationen und die Einsatzleitung wurden nicht vergessen. Es gab viele gute Gespräche über den Einsatz und die schrecklichen Taten, die ihn



Fotos: Markus Hüschentbett (2)

Das Team der Bezirksgruppe Südosthessen bei der Einsatzbetreuung

ausgelöst hatten. Viele Einsatzkräfte waren schon an den Vortagen im Dienst gewesen.

Wir als GdP möchten uns bei allen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen bedanken, die in dieser schweren Zeit so besonnen und professionell ihren Dienst gemacht haben. ■

GPEC 2020

Messe zur Inneren Sicherheit in der Rhein-Main-Metropole Frankfurt – hessische Polizei überzeugt mit informativem Messestand

Mark Weber

Durch die Corona-Pandemie und um die rasche Verbreitung des Virus zu verhindern, sind Messen und Veranstaltungen auf zu-

nächst unabsehbare Zeit abgesagt. Eine der letzten Messen, die in Frankfurt am Main noch vor dem Ausbruch des COVID-19-Virus

durchgeführt werden konnte, war die GPEC 2020, die Fachmesse zur Inneren Sicherheit.

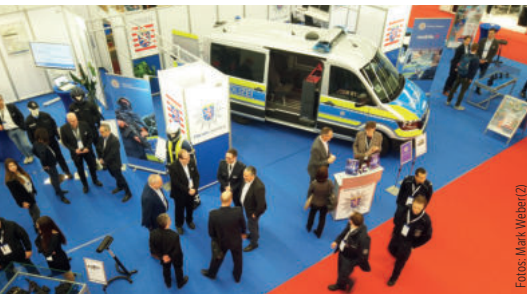
Auf kaum einer anderen Messe sind Polizei- und Sicherheitsbehörden so kompakt mit marktführenden Anbietern und innovativen Wettbewerbern im Bereich relevanter Führungs- und Einsatzmittel der Inneren Sicherheit vereint. Die mittlerweile elfte Auflage der GPEC fand vom 18. bis zum 20. Februar 2020 nun zum zweiten Mal in Frankfurt am Main statt. 537 Aussteller aus 31 Staaten und Fachbesucher aus aller Welt – und die hessische Polizei mit einem 200 Quadratmeter großen Messestand mittendrin.

Die unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministers Horst Seehofer stehende Messe wurde, und das gab es in der Vergangenheit noch nie, vom Hessischen Innenminister Peter Beuth am Messestand der hessischen Polizei eröffnet.



Die Eröffnung war der Startschuss für drei ereignisreiche Messetage. Keine der letzten GPEC-Messen brachte rückblickend so viele Fachgespräche hervor und noch nie wurden so viele Kontakte mit anderen Behörden geknüpft. Ein Erfolg auf ganzer Linie für die hessische Polizei.

Nur einen Steinwurf entfernt vom Messestand wartete der Stand unserer Gewerkschaft auf. Tanja Richter, die Abteilungsleiterin Organisation im GdP-Bundesvorstand, und Organisationsreferent Robert Schenk hielten einen regen Austausch. Neben den



Aufnahmen des Messestandes der hessischen Polizei von einer Indoordrohne

Fachbesuchern natürlich auch mit uns als Standpersonal und Betreiber des Polizeimessestandes. Unterstützung gab es angefangen bei handlichen Desinfektionsstics über „Nervennahrung“ bis hin zu tollen Give-aways für den Nachwuchs zu Hause.

So war der kurze Plausch mit Tanja und Robert vom Bundesvorstand eine willkommene Abwechslung, denn unsere diesjährigen Standthemen und der Wissenshunger der Fachbesucher hatten es in sich.

So informierte die Projektgruppe ZAP (Zentrale Analyseplattform) der Abteilung 4 im Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) über geobasierte Anwendungen im Bereich Wohnungseinbruchdiebstahl (WED) und die Abteilung 2 im Hessischen Polizeipräsidium für Technik (HPT), die sich für Ausstattungsfragen der hessischen Polizei zuständig zeichnet, über Bewährtes und innovative Eigenentwicklungen aus dem Bereich Dienstbekleidung, über das gefragte Standthema Mitteldistanzwaffe G38 und über das brandneue Fahrzeug des Überfallkommandos des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main. Abgerundet wurde das Standprogramm durch die



Gruppenbild am Stand der hessischen Polizei mit der Vertreterin vom GdP-Bundesvorstand. V. l.: Karl-Heinz Reinstädt – Präsident Hessisches Polizeipräsidium für Technik, Innenminister Peter Beuth, Tanja Richter – Abteilungsleiterin Organisation vom GdP-Bundesvorstand, Dr. Uwe Wehrstedt – Veranstalter der GPEC

IT-Themen rund um die Ausstattung der hessischen Polizei mit mobiler Technik, die in Hessen implementierte Analyseplattform hessen-DATA und last, but not least mit dem Infostand rund um die SicherheitsApp hessenWARN.

Alles in allem ein voller Erfolg. Wir sehen uns auf der GPEC 2022! ■

LESERBRIEF

Polizei, ein Spiegelbild der Politik

Gerhard Kastl

Nichts kennzeichnet politisches Handeln und Unterlassen treffender als die dadurch ausgelösten Reaktionen. Geschichte und Gegenwart liefern uns hierfür drastische Beispiele. Maßnahmen herrschender Regierungen führen bei Abhängigen seit jeher von folgsamer Zustimmung bis zu aufmüppiger Ablehnung. Wie sich das für Ordnungshüter auswirkte, hat Heinz Erhardt in seiner gekonnt ironischen Art bis in die Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts in vier Versen beschrieben („Die Polizei im Wandel der Zeit“). Doch die letzten Jahrzehnte haben in bisher nicht vorstellbarer Art und Weise Politik und dadurch auch Aufgaben und Bild der Polizei mehr als vorher gewaltig verändert.

Als den etablierten Volksparteien Eigeninteressen (Diätenerhöhung, Überhang- und Ausgleichsmandate Lobbyistenverbindung) wichtiger waren als Bedürfnisse und Erwartungen ihrer Wahlbürger, provozierten sie ungewollt, aber „erfolgreich“ Wahlverweigerer, Parteiaustritte und das „Aufblühen“ extremer Konkurrenzparteien. Die teils dramatischen Folgen, liefern den Medien nun regelmäßig Stoff für erschreckende Schlagzeilen und Berichte. Allerdings beeinflussen auch technische Entwicklungen, Bildung, Freizeitangebote, Vorbilder, Werbung und menschliche Schwächen leider zunehmend aggressives Verhalten vieler Zeitgenossen. Schon Elternhaus und Schule vermitteln häufig nicht

mehr die gesellschaftlichen Werte, die nach dem Zweiten Weltkrieg die kontinuierlich friedliche Wohlstandsentwicklung in unserer demokratisch freiheitlichen Gesellschaft gewährleisten. Was heute gegenständlich, optisch und akustisch besonders zur Freizeitgestaltung angeboten wird, fördert aggressives Verhalten enorm. Das trifft besonders für kriegerische Computerspiele, gewaltverherrlichende Liedertexte mit aggressiv wirkenden Klängen und Rhythmen zu. Aber auch negative Umwelteinflüsse, zeit- und nervenraubende Wartepflichten und Verkehrssituationen können Geduld und Nachsicht überfordern. Geistig sparsam Lebende neigen häufiger dazu, Zorn unkontrolliert bis absichtlich böseartig auszuleben. Alkohol und Drogen fördern derartige Entgleisungen.

Erschreckend ist, wenn man lesen muss, dass Beschäftigte des öffentlichen Diens-



tes beleidigt, bespuckt, bedroht und verletzt werden. Opfer derart gesellschaftlicher Verrohung wurden u. a. Gerichtsvollzieher, Justizbedienstete, Verwaltungsbeamte, Krankenschwestern, Ärzte, Journalisten, Busfahrer, Bahnbedienstete und Lehrer. Polizisten sind besonders häufig davon betroffen. Dazu kommt die Anhäufung der Überstunden. Ausfälle durch Überlastung nehmen zu. Auch die Justiz leidet unter Personalmangel. Wiederholt erfreuen sich von der Polizei abgelieferte Straftäter unverdienter Freilassung, was zu erneuten Straftaten motiviert. Das frustriert und belastet Polizisten zusätzlich.

Noch vor sechs Jahrzehnten fuhren Einsatzbeamte (über 90 % vom mittleren Dienst!) wie im täglichen Dienst zum Schutz der Bürger bei Demonstrationen und Veranstaltungen in normaler Dienstkleidung, ohne Namens- oder Nummernschilder. Schutzausrüstung war nicht erforderlich. Anlässe besonders einzuschreiten gab es selten. Das hat sich in den letzten Jahren sicht- und spürbar geändert. Seit Jahren ge-

rät die Polizei (nun zwar über 90 % studierte Beamte im gehobener Dienst) zunehmend in eine Prügelknabenfunktion, weil immer mehr Bürger mit Entscheidungen der politischen Regelgeber unzufrieden sind. Bannmeile, Personenschützer und Immunität machen Parlamentarier weitgehend ungreifbar. Auch Hass-Mails und verbale Entgleisungen bleiben körperlich berührungsfrei. Deshalb trifft Bürgerzorn als Stellvertreterziel die Polizei, die verhindern soll, dass die Chaoten unter den Zornesbürgern möglichst keine Schäden anrichten. Hierdurch spiegelt sich Verhalten und Leistung unserer politischen Elite.

Seit Längerem andauernde Abwendung vieler Wähler von unseren etablierten demokratischen Volksparteien sollte längst als Alarmsignal verstanden werden, endlich Regeln zu schaffen, die Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger entsprechen. Solange Armut, Mietwucher, Zukunfts- und Überfremdungsängste bestehen und zunehmen, wird sich kaum etwas ändern können. Politik spiegelt sich nicht nur in zu- oder

abnehmenden Mitgliederzahlen der Parteien, mehr noch im Wahl- und teils strafbaren Verhalten sich benachteiligt fühlender Bürger, besonders jedoch in den Angriffen auf öffentlich Bedienstete. Doch einige Aktionen in Bund, Ländern und Kommunen bieten Hoffnung, dass sich die Negativentwicklung stoppen und umkehren lässt. Dazu gehören u. a. Personalzuwachs bei Polizei und Justiz, Ausstattung der Polizei mit wirksameren Distanz- und Beweismitteln, verstärkte Integrationsbemühungen für Zuwanderer und härtere Strafen für Hassaktionen gegen Mitmenschen und im Internet. Bemühungen der GdP haben nachweisbar dazu beigetragen. Wie erfolgreich eine Anpassung an Zeiterfordernissen sein kann, beweisen die Fallzahlen der neuesten Kriminalstatistik. ■

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

GdP fordert Vergütung für Praxisausbilder

Die Studierenden der hessischen Polizei werden an den vier Hochschulen von hauptamtlichen Dozenten und Lehrbeauftragten der HfPV unterrichtet. Die Lehrbeauftragten, und die Praxisausbilder werden aus dem Regeldienst der hessischen Polizei gewonnen.

Die Lehrbeauftragten wie auch die hauptamtlichen Dozenten leisten dabei die Wissensvermittlung hochschulischer Lehre in den berufstheoretischen Themenfeldern.

Die Praxisausbilder in den unterschiedlichsten Dienststellen der Schutz- und Kriminalpolizei stellen das nötige Bindeglied zwischen der schulischen Lehre an der HfPV und dem im Curriculum vorgesehenen Praktika dar.

Die Praxisausbilder tragen in jeder Hinsicht eine hohe Verantwortung und müssen jederzeit ihrer Vorbildfunktion unter oft schwierigen Einsatzbedingungen gerecht werden.

Gerecht geht anders. Deshalb Zulage für Praxisausbilder – jetzt!



Praxisausbilder begleiten die Vorgangsbearbeitung und das dienstliche Auftreten der jungen Kolleginnen und Kollegen von Anfang an. Sie müssen ein hohes Maß an Fachwissen, Empathie und Einfühlungsvermögen mitbringen, um den hohen Ansprüchen gerecht werden zu können. Am Ende des Praktikums muss noch eine aussagekräftige Beurteilung erstellt werden, die von

hoher Bedeutung für die weitere berufliche Entwicklung der jungen Polizeianwärter ist.

Neben der Praxisausbildung läuft allerdings der ganz normale Dienst weiter. Hohe Einsatzabfolgen und der Vorgangsdruck müssen von den Praxisausbildern in den Dienststellen ebenfalls mitgetragen werden. Hinzu kommt noch, dass der Personalausfall der Lehrbeauftragten, wenn sie an den Hochschulen unterrichten, ebenfalls mitgetragen werden muss.

Aus den genannten Gründen heraus ist es nicht nachzuvollziehen, dass die Lehrbeauftragten, übrigens völlig zu Recht, eine Lehrzulage für ihre Tätigkeit bekommen und die Praxisausbilder für ihren verantwortungsvollen Dienst keinerlei finanzielle Unterstützung erhalten.

Die Gewerkschaft der Polizei fordert deshalb eine Zulage für alle Praxisausbilder bei der hessischen Polizei. Die erheblichen Mehrbelastungen und die Verantwortung der Praxisausbilder müssen in einem gerechten Kontext zu der wichtigen Arbeit der Lehrbeauftragten stehen. Eine entsprechende Forderung der GdP wurde an den hessischen Innenminister herangetragen.

wirhandeln ■



Internationaler Frauentag mit der Kreisgruppe Mudra

Gregor Bader, Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei

Am 6. März wurden die Mitarbeiterinnen der I. Abteilung, der Wasserschutzpolizei und des Präsidiums anlässlich des am 8. März stattfindenden Internationalen Frauentages vorab zu einem gemeinsamen Frühstück in die Kantine der Mudra-Kaserne eingeladen. Organisiert wurde das Frühstück von Tina Böhme von der Kreisgruppe Mudra in Zusammenarbeit mit unseren Gleichstellungsbeauftragten. Etwa 40 Kolleginnen folgten der Einladung der

Kreisgruppe Mudra und freuten sich über die von Tina beschafften zahlreichen Giveaways.

Auch unser Präsident Herr Pfeiffer ließ es sich nicht nehmen ein Grußwort zu sprechen. Im Verlauf des gemeinsamen Frühstücks kam es zu netten und interessanten Gesprächen. So konnten die Tätigkeiten der Kolleginnen und ihr täglicher Einsatz gewürdigt werden. ■



Foto: Gregor Bader

GdP im Internet



Homepages

GdP Hessen: www.gdp.de/hessen
GdP-Bundesvorstand: www.gdp.de

Instagram:

GdP Hessen: @gdp.hessen

Facebook:

GdP Hessen: GdPHessen
Junge Gruppe Hessen: gdpjhessen
GdP-Bundesvorstand: gdp.de
GdP Frankfurt: GdP - Bezirksgruppe Frankfurt am Main

Twitter:

GdP Hessen: @gdp_hessen
GdP-Pressestelle Bundesvorstand:
@GdPPresse

Youtube:

GdP Hessen: GdP Hessen
GdP Bund: Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand

Wir trauern um unsere Mitglieder

Stefan Röhs

Kreisgruppe Bad Hersfeld/Rotenburg

Dieter Reisch

Kreisgruppe Offenbach

Ralf Radtke

Kreisgruppe Frankfurt

Klothilde Stranghöner

Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

Josef Sack

Kreisgruppe Hofgeismar

Jörg Tröster

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Helge Römschied

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Herbert Schmidt

Kreisgruppe Vogelsberg

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

DP – Deutsche Polizei Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden